

Starbatty, Joachim

Working Paper

Zum Transformationsprozeß in Polen: Eindrücke und Anmerkungen eines Ökonomen

Tübinger Diskussionsbeiträge, No. 31

Provided in Cooperation with:

University of Tuebingen, Faculty of Economics and Social Sciences, School of Business and Economics

Suggested Citation: Starbatty, Joachim (1994) : Zum Transformationsprozeß in Polen: Eindrücke und Anmerkungen eines Ökonomen, Tübinger Diskussionsbeiträge, No. 31, Eberhard Karls Universität Tübingen, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Tübingen

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/104869>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

**Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
der Eberhard-Karls-Universität Tübingen**

**Zum Transformationsprozeß in Polen -
Eindrücke und Anmerkungen eines Ökonomen**

Joachim Starbatty



Tübinger Diskussionsbeiträge

**Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
der Eberhard-Karls-Universität Tübingen**

**Zum Transformationsprozeß in Polen -
Eindrücke und Anmerkungen eines Ökonomen**

Joachim Starbatty

**Diskussionsbeitrag Nr. 31
Januar 1994**

**Wirtschaftswissenschaftliches Seminar
Mohlstraße 36, D-72074 Tübingen**

**Zum Transformationsprozeß in Polen
- Eindrücke und Anmerkungen eines Ökonomen -**

Inhaltsverzeichnis

I.	Eine Momentaufnahme aus Polen	2
II.	Die beispielhafte <i>Erhardsche</i> Reform	3
III.	Was ist in Polen anders?	6
	1. Politischer Wille und organisatorische Fähigkeiten	6
	2. Bereinigung der Produktionsstruktur	8
IV.	Warum wurden Protestparteien gewählt?	10
V.	Was bleibt noch zu tun? Was läßt hoffen?	13

Zum Transformationsprozeß in Polen - Eindrücke und Anmerkungen eines Ökonomen -

Eines der strategischen Probleme bei der Transformation dieser Wirtschaftssysteme in eine Marktwirtschaft ist die Kapitalbildung und Kapitalverteilung. Sowohl das Privatisierungsproblem als auch das Geldwertproblem müssen unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden. Wenn man die Erfolgsgeschichte der Transformation in Deutschland nach der *Erhardschen* Reform, die sehr wohl zum Vergleich mit herangezogen werden kann, betrachtet, dann ist das Kapitalbildungsproblem eine strategische Größe gewesen... In der CSFR hat man bisher das Rezept befolgt, das auch *Erhard* angewandt hat, nämlich die Kombination von stabiler Währung (d.h. Vermeiden von Inflationsprozessen) mit Unterbindung von Haushaltsdefiziten und dem Versuch - wenn auch unvollkommen - die Kapitalvergeudung so gering wie möglich zu halten. Demgegenüber scheint in Polen die Situation nach der ersten glücklicheren Phase in ein gefährlicheres Fahrwasser geraten zu sein.

Hans Willgerodt (1993, S. 115)

I. Eine Momentaufnahme aus Polen

Willgerodts Bemerkungen skizzieren die neuralgischen Punkte jedes Transformationsprozesses. Sie werden uns auch bei der Analyse der polnischen Entwicklung leiten. Dabei verlassen wir uns weniger auf ein gründliches Literaturstudium als auf den Augenschein und die persönliche Erfahrung - eine für Ökonomen eher untypische Betrachtungsform, die der Abwechslung halber aber hingenommen werden mag. Hierzu kommt der Austausch mit polnischen Wirtschaftswissenschaftlern zu verschiedenen Zeitpunkten.

Kapitalbildung und -verteilung ist das strategische Problem jedes Wirtschaftssystems. Kapitalvergeudung, in welcher privaten oder öffentlichen Form auch immer, verursacht oder versteinigt Arbeitslosigkeit. Dies läßt sich eine Zeitlang überdecken, wenn Regierungen vom Fleiß früherer Jahre zehren; brennend wird das Problem, wenn zuvor systematisch Vergeudung und Fehllenkung wegen eines perversen Anreizsystems vorherrschten. Genau dies zeichnete die sozialistischen Systeme aus, auch wenn die offizielle Ideologie die Welt etwas anderes glauben machen wollte.

Wie kann der Prozeß des systematischen Kapitalverzehrums umgekehrt werden? Welche ökonomischen und politischen Schritte müssen in welche Richtung gemacht werden? Was lehrt uns dabei die *Erhardsche* Erfolgsgeschichte? Was ist in Polen falsch gemacht worden, daß es nach einer ersten glücklicheren Phase in ein gefährlicheres Fahrwasser zu gleiten scheint? Die Wahlen zum polnischen *Sejm* im Herbst 1993, die den Postkommunisten und der Landwirtschaftspartei die Mehrheit der Sitze im Parlament verschafften und dabei die Regierungsparteien nahezu atomisierten, unterstreichen *Willgerodts* Feststellung vom Herbst 1992.

Doch angesichts der Sorgen und Befürchtungen, die man zunächst von einigen professionellen Analytikern zur Lage in Polen zu hören bekam - "They are heading for disaster", "Wenn man einen Eisbären aus seinem Eis in die Wüste verfrachtet, kann man nicht mit dessen Wohlergehen rechnen" -, muß die wirtschaftliche Wirklichkeit (Oktober 1993) in Polen den Beobachter angenehm enttäuschen. Es gibt alles zu kaufen - in annehmbaren Qualitäten -, es gibt keine Schlangen, die Restaurants gepflegt, das Essen schmackhaft, die Menschen allgemein nicht schlecht gekleidet - viele Frauen mit einem sichtlichen Talent für Eleganz (auch die Studentinnen), Männer scheinen dagegen hierauf keinen Wert zu legen -, der Autoverkehr in den Stoßzeiten dicht und ungeduldig - kurz die großen Städte Polens gleichen eher "kapitalistischen" Großstädten als sich selbst vor etwa 4, 5 Jahren. Insofern scheint der Transformationsprozeß geglückt. Natürlich gilt das nicht überall, vor allem nicht für die Dörfer - doch über Arbitrageprozesse wird der marktwirtschaftliche Aufbruch in den Großstädten auch auf andere Teile des Landes übertragen. Umso überraschender dann die niedrige Wahlbeteiligung und der Sieg der Protestparteien im Herbst 1993.

II. Die beispielhafte *Erhardsche* Reform

Was hat den Erfolg der *Erhardschen* Reform ausgemacht und was kann man hieraus lernen? Bis zur Währungsreform, die unter der Ägide der Siegermächte vorbereitet und umgesetzt wurde, sah man in den großen Städten immer ein ganz ähnliches Bild: Trümmerfrauen vor ausgebombten Straßenzügen¹, Menschen mit ausgemergelten Gesichtern, leere Regale, Lebensmittelkarten, Schlangen, wertloses Geld, schwarze Märkte, während der Wintermonate erfrorene Rüben als Hauptmahlzeit. Dann im Juni 1948 die Währungsreform: Die Regale füllten sich, die Schlangen verschwanden, ein unvergleichlicher wirtschaftlicher Aufstieg begann. *Erhards* Tat war die gleichzeitige Abschaffung der Warenbewirtschaftung - bis auf wenige Ausnahmen z.B. im Energiebereich, was prompt wegen der verzerrten Preisrelation politische Reparaturmaßnahmen nötig machte (Investitionshilfegesetz)². In einer Situation existenzieller Not die Preise freizugeben, entsprach nicht der allgemeinen Stimmung - auch nicht der der meisten Wirtschaftswissenschaftler -, *Erhard* tat es, aus einem Urvertrauen in

-
- 1 Für die jüngeren Leser: Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, als viele Männer noch in Kriegsgefangenschaft waren oder sich auf dem Heimweg befanden, haben Frauen - mit Hammer und Meißel - Schneisen durch die zerbombten Straßenzüge geschlagen, indem sie die Mauersteine vom Mörtel befreiten und sie dann für die Wiederverwendung stapelten.
 - 2 Da neuerdings ausgerechnet *Ludwig Erhard* von industriepolitischen Interventionisten als Kronzeuge herangezogen und dabei ausdrücklich auf das Investitionshilfegesetz verwiesen wird, ist eine kurze erläuternde Anmerkung angebracht: Das Gesetz über die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft vom 7.1.1952 nötigte die verarbeitende Industrie zu einer Zwangsanleihe, weil sie zuvor mittels künstlich niedriggehaltener Preise für Güter der Schwerindustrie subventioniert worden war. Deswegen sah sich die Schwerindustrie nicht in der Lage, aus eigenen Mitteln ihre Produktionsstruktur zu modernisieren. Wir können diese Zwangsanleihe mithin als eine Art Wiedergutmachung betrachten oder - in der Sprache der Ökonomen - als eine Art Interventionsspirale.

die Kraft des marktwirtschaftlichen Anreizsystems. *Theodor Eschenburg* sprach von *Erhards* wissenschaftlich gestärktem Wagemut. Im internationalen Kapitalverkehr hat sich *Erhard* sogleich nachhaltig für die Einführung der Währungskonvertibilität eingesetzt und schließlich auch durchgesetzt.

Der entscheidende Schritt von einer sozialistischen Planwirtschaft zu einer dezentral gesteuerten Marktwirtschaft sind Preisfreigabe und Etablierung sowie Pflege eines verlässlichen Geldes. Die Entscheidungen über die Produktionsausrichtung gehen von politischen Instanzen auf die Marktteilnehmer über und die Produzenten müssen sich um die Konsumenten bemühen. Überall dort, wo Menschenansammlungen anzutreffen sind, entstehen kleine Märkte; an großen zentralen Orten kommen Produzenten aus den verschiedensten Sparten zusammen, weil sie so Kaufkraft anziehen können. Von solchen Märkten gehen Produktionsimpulse aus, die vor- und nachgelagerte Produktionsstufen entstehen lassen, die ihrerseits Nachfrage entfalten und Arbeitsplätze anbieten.

Voraussetzung dafür ist ein verlässliches Geld; damit ist nicht wertstabiles Geld gemeint - so wünschenswert dies auch wäre -, sondern eines, das die Geldfunktionen (Zahlungsmittel, Recheneinheit, Wertspeicher) wahrzunehmen imstande ist. Dieses Geld muß in den internationalen Geld- und Warenkreislauf integriert werden, damit In- und Ausländer Vertrauen in dieses Geld fassen können, damit die international gültigen relativen Preise über entsprechende Arbitragebewegungen auch für die Reformländer gelten und damit sie auch in die weltweite Güterversorgung einbezogen werden. Erst verlässliches Geld und internationaler Güter- und Preiszusammenhang legen den Grund für Bewertung und Privatisierung des nationalen Anlagevermögens. So läßt sich über Preisvergleiche ausländisches Kapital ins Land holen - unverzichtbar für die nationale Kapitalbildung und den Anschluß an den internationalen technologischen Standard; zugleich werden die Kosten des Aus- und Durchhaltens staatlicher Betriebe offengelegt und der Druck in Richtung Privatisierung erhöht, um die Verlustquellen zu stoppen.

Damit haben wir auch grundlegende Erkenntnisse für die Frage nach dem Tempo des Systemwandels gewonnen: Schocktherapie bzw. "Big Bang" versus gradualistische Strategie. Der entscheidende Wendepunkt vom Sozialismus zur Marktwirtschaft ist die Änderung der Ausrichtung der Produktionsstruktur: im Sozialismus nach den Wünschen einer politischen Klasse, die auch zuteilt; in der Marktwirtschaft nach den Kaufwünschen der Bevölkerung, die sich die hierzu notwendigen Zahlungsmittel beschafft; die sich auf Märkten bildenden Preise signalisieren Gewinnchancen, die über entsprechende Produktionssteuerung wahrgenommen werden können. Staatsbetriebe, die mittels staatlicher Subventionen noch am Leben bleiben, wirken dann wie Bremsklötze im "Fluß" in Richtung Marktwirtschaft, die immerhin aber als Bremsklötze identifiziert werden können. Sie können freilich den "Fluß"

umlenken, wenn die Subventionierung dieser Betriebe mittels Notenbankgeld so massiv wird, daß die Verlässlichkeit des Geldes aufgehoben wird.

Alles mag entsprechend der historischen Ausgangslage schneller oder langsamer vonstatten gehen, die Lernprozesse mühselig und mitunter zermürend sein, das Rechtswesen unterentwickelt, die Privatisierung zügig oder schleppend - alles das mag fördern oder hemmen, entscheidend ist die Weichenstellung in Richtung Marktwirtschaft, die über Preisfreigabe und Schaffung verlässlichen Geldes ausgelöst wird. Eine solche Weichenstellung muß politisch gewollt sein. Ist sie gewollt, muß sie so rasch wie möglich erfolgen und sie muß unumkehrbar sein. Sollte das nicht der Fall sein, werden sich die Bürger nicht auf Markt-, sondern weiterhin auf zuteilende Staatswirtschaft einstellen. Wenn dem entgegengehalten wird, eine Preisfreigabe komme aus sozialen Gründen in den Reformländern - existentielle Not weiter Bevölkerungskreise - nicht in Frage, so ist an *Ludwig Erhards* beispielhaftes Urvertrauen in die Marktwirtschaft und die dadurch ausgelöste bessere Güterversorgung zu erinnern. Aus systematischer Sicht gilt, daß gerade ärmere Länder sich allokatonsverzerrende und damit wohlfahrtsmindernde Anreizsysteme am wenigsten leisten können. Wenn geholfen werden soll, dann nicht über personell willkürlich streuende Produktsubventionierung, sondern über zielgenaue Subjektsubventionierung. Hierüber dürfte es - zumindest unter Wissenschaftlern - keinen Streit mehr geben.

Dies alles ist in Polen weitgehend realisiert worden (*Balcerowicz-Programm*). Sogar *Willgerodts* Forderung nach Unterbindung von Haushaltsdefiziten war in Polen zunächst erfüllt. *Erhards* Plädoyer für Konvertibilität haben die polnischen Reformer zumindest teilweise durch Einführung der Inländerkonvertibilität entsprochen. Im Unterschied zur Situation in Deutschland gab es in Polen keine Währungsreform, die den Geldüberhang in Form von Umstellungsquoten ausbalancierte, sondern eine galoppierende Anpassungsinflation, die mittlerweile in eine trabende Abfederungsinflation übergegangen ist. Wenn Ökonomen eher für eine Währungsreform plädieren, weil über den neuen Start ein höheres Maß an Vertrauen für das neue Geld gewonnen werden kann, dann ist doch zu bedenken, daß demokratischen Kontrollen unterliegende Regierungen an der Frage der Zumutbarkeit der Quoten und damit an der politischen Zumessung der Vermögensentwertung zerbrechen können, während die Anpassungsinflation wie eine exogene Welle über ehemals Vermögende und Vermögenlose hinwegschwabt und sie damit für einen Moment nahezu gleich stellt. Reformer sind dann nicht mit dem Odium der bewußten politischen Vermögensentwertung belastet. Später kann die Währung durch Wegstreichen einer Anzahl von Nullen "schwerer" gemacht werden.

III. Was ist in Polen anders?

"Es ist einfach nicht wahr zu behaupten, daß *Erhard* vor geringeren Problemen gestanden habe; er hat vor wesentlich größeren Problemen gestanden, und wir müssen uns fragen, warum es damals gelungen ist, vom ersten Tag der Reform an die Produktion sowie die Beschäftigung zu erhöhen und die Arbeitslosigkeit dann stufenweise aufzusaugen, so daß wir 1958 die Vollbeschäftigung erreicht hatten. Warum ist das damals gelungen, warum will es heute nicht gelingen?"

Hans Willgerodt (1993, S. 184).

Die Problemlage in Deutschland vor der Währungsreform ist bereits flüchtig skizziert worden. In keinem der jetzigen Reformländer hat es auch nur annähernd so schlimm ausgesehen. Insoweit hat *Willgerodt* recht. Wo aber sind in den Reformländern Schwierigkeiten für einen erfolgreichen Reformkurs zu vermuten, mit denen *Ludwig Erhard* nicht zu kämpfen hatte? Diese können einmal im politisch-organisatorischen Bereich liegen, zum anderen im über Jahrzehnte sozialistisch verzerrten Produktionsaufbau.

1. Politischer Wille und organisatorische Fähigkeiten

Die Weichenstellung vom Sozialismus in Richtung Marktwirtschaft erfolgt nicht selbsttätig, sondern ist vor allem eine ordnungspolitische Aufgabe, die falsch oder richtig angepackt werden kann. Daraus können wir folgern, daß der Erfolg der Systemtransformation maßgeblich vom politischen Reformwillen abhängt. Der polnische Wirtschaftswissenschaftler *Jan Winięcki* (1993a) hat im Anschluß an *B. Levy* (1993) die Aussichten von Reformbemühungen anhand eines Rasters zu bestimmen versucht, das den Willen zur Reform und die organisatorische Fähigkeit zur Durchführung der Reform erfaßt. Danach ergeben sich zwei Fälle, wo Prognosen über die Erfolgsaussichten eindeutig sind, und zwei, wo die Erfolgsaussichten fraglich sind.

Erfolgsaussichten der Systemtransformation

		Politischer Reformwille	
		hoch	niedrig
Organisatorische Fähigkeit zur Reformumsetzung	hoch	hohe Erfolgsaussichten	?
	niedrig	?	niedrige Erfolgsaussichten

Man wird *Winięcki* in dieser Beurteilung der Erfolgsaussichten unschwer folgen können; das muß nicht eigens begründet werden. Fraglich ist, welchem Feld Deutschland und Polen jeweils zuzuordnen sind. Was die Politiker *Ludwig Erhard* und *Leszek Balcerowicz* angeht, so ist deren ausgeprägter Reformwille evident gewesen; ob dieser wirken konnte, weil er auf breitem politischen Konsens gründete oder weil entschlossenem politischen Handeln kein Widerstand entgegengebracht werden konnte, ist in diesem Zusammenhang zunächst zweitrangig.

Wie steht es dagegen um die organisatorischen Fähigkeiten zur Reformumsetzung? Hierunter können wir die Fähigkeit verstehen, politische Entscheidungen oder Vorgaben in administrative Maßnahmen umzusetzen, wobei dies von einem einfachen Vollzug bis zu den hoch komplexen Aufgaben der Etablierung eines neuen Steuersystems oder der instrumentellen Konzipierung einer stabilitätsorientierten Geldpolitik gehen kann. Die administrativen Eliten unter sozialistischen Regimen waren gewohnt, als verlängerter Arm der politischen Zentrale Produktionsbefehle weiterzugeben und über deren Einhaltung zu wachen; ungewohnt ist ihnen dagegen der Aufbau einer organisatorischen Infrastruktur für eine auf dezentraler Entscheidung und Privateigentum aufbauende Gesellschaft. Aus diesem Grunde müssen für alle sozialistischen Länder erhebliche organisatorische Defizite diagnostiziert werden. Dies kann für die damals junge Bundesrepublik nicht gelten; dies ließe sich im einzelnen empirisch belegen; augenfälliger ist noch die Tatsache, daß entsprechende Defizite in der Nachkriegszeit weder beobachtet noch beklagt wurden. Ganz anders die Situation in den neuen Bundesländern, wo die personellen Defizite in Verwaltung und Betrieben entsprechende "Exportleistungen" der alten Bundesländer notwendig machen. Daher könnte man die von *Erhard* eingeleitete Entwicklung eher als Rekonstruktion einer marktwirtschaftlichen Ordnung denn als Systemtransformation ansehen. Demgegenüber müssen in den jetzigen Reformländern nicht bloß die Weichen in Richtung Marktwirtschaft gestellt, sondern auch die dazu notwendige organisatorische Infrastruktur geschaffen werden.

In unserem Raster müßte die Bundesrepublik dem Feld zuteilt werden, wo hohe Erfolgsaussichten bestehen, Polen dagegen dem Feld (politischer Reformwille: hoch, organisatorische Fähigkeiten zur Reformumsetzung: niedrig), dessen Erfolgsaussichten *Winięcki* offengelassen hat. Folgen wir freilich unseren Überlegungen, daß es entscheidend und zuzuförderst darauf ankommt, über Preisfreigabe und verlässliches Geld die Entwicklung zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung eingeleitet zu haben, dann können organisatorische Defizite in der Reformumsetzung die Entwicklung in Richtung Marktwirtschaft bremsen, aber nicht umkehren. Auch bewirkt erst die politische Weichenstellung, daß sich die administrativen Eliten auf die neuen organisatorischen Herausforderungen einstellen.

Erfolgsaussichten für Deutschland und Polen

		Politischer Reformwille	
		hoch	niedrig
Politischer Reformwille	hoch	hohe Erfolgsaussichten: Deutschland	?
	niedrig	Verzögerung der Erfolgsaussichten: Polen	niedrige Erfolgsaussichten

2. Bereinigung der Produktionsstruktur

Die sozialistischen Statistiken wiesen immer Vollbeschäftigung aus. Die sozialistischen Planer konnten sich sogar bestätigt fühlen, weil die Frauenerwerbstätigkeit deutlich höher als in marktwirtschaftlichen Industrieländern lag und die frühere DDR sogar Gastarbeiter z.B. aus Vietnam beschäftigte; die einzelnen Betriebe hatten einen so großen Arbeitskräftebedarf, weil sie unproduktiv arbeiteten und die Lohnkosten nicht am Markt verdienen, sondern in Arbeitskräftebilanzen gegenüber den kontrollierenden Behörden begründen mußten. War eine bestimmte Anzahl an Arbeitskräften zugestanden worden, so wurden die hierfür notwendigen Mittel in den einzelnen Lohnfonds bewilligt, unabhängig davon, ob diese Arbeitskräfte sämtlich zur Erstellung des Produktionsergebnisses tatsächlich erforderlich waren. Schätzungen über personelle Überbesetzungen erreichen immerhin eine Größenordnung von 30% und mehr. Dies ist aber kein signifikanter Unterschied zur Arbeitsmarktsituation im Nachkriegsdeutschland gewesen, da auch damals die Betriebe, die der Krieg nicht gänzlich zerstört hatte, personell überbesetzt waren; denn die Geldlöhne wurden ja erst durch die familienbezogene Zuteilung von Lebensmittelkarten zu Kaufkraft. Insofern konnten die betrieblichen Lohnkosten als massiv subventioniert gelten. Preisfreigabe und Währungsreform legten diese Verzerrung offen.

Der entscheidende Unterschied zwischen Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und den heutigen Reformländern wird deutlich, wenn wir auf v. Hayeks Konjunkturtheorie als Referenzmodell zurückgreifen. Bei v. Hayek entsteht konjunkturelle Arbeitslosigkeit als Folge

einer nicht abgestimmten gesamtwirtschaftlichen Produktionsstruktur. Dies ist die Konsequenz einer perversen Angebotselastizität des Kreditsektors: Die Geschäftsbanken bedienen bei einer beginnenden Boomphase die zusätzliche Kreditnachfrage zu den alten Konditionen. Dadurch übersteigt die Investitionstätigkeit die Spartätigkeit; daher werden Produktionsumwege eingeschlagen, die bei marktgerechten Zinsverpflichtungen nicht gewählt worden wären. Wegen der inflationären Folgen des Booms fordern Arbeitskräfte und Sparer den ihnen zustehenden und bisher vorenthaltenen Anteil, so daß Sparkapital knapper und teurer wird. Damit müssen alle die Produktionsumwege abgebrochen werden, die sich bei marktgerechtem Zins nicht rentieren. So entstehen Anpassungskosten in Form von Investitionsruinen und Arbeitslosigkeit. Dabei ist - um Mißverständnisse zu vermeiden - die Ursache der Anpassungskrise in der Verzerrung der relativen Preise während der Anfangsphase des Booms zu sehen und nicht in der unausweichlichen Marktkorrektur, die die Strukturverzerrung offenlegt.

Auch die Produktionsstruktur in sozialistischen Volkswirtschaften kann in diesem Sinne als systematisch verzerrt gelten, weil Preise als Knappheitssignale des aktuellen Bedarfs der Bevölkerung und Zinsen als Präferenzraten für Gegenwarts- und Zukunftskonsum ausgeschaltet und durch politische Produktionsvorgaben ersetzt wurden, die sich nicht an den Bedürfnissen der Bevölkerung, sondern an politischen Prioritäten orientierten. Wir können die Notwendigkeit der Systemtransformation in Analogie zu v. Hayeks Konjunkturtheorie als eine Anpassung der Produktionsstruktur an geänderte relative Preise interpretieren. Jetzt entscheiden nicht mehr politische Vorgaben über den Produktionsaufbau, sondern die Präferenzen der Konsumenten ausgedrückt in marktgerechten Preisen und Zinsen.

Sicherlich waren auch in Deutschland die Preise im Zuge der Nachkriegsbewirtschaftung verzerrt; diese Verzerrungen betrafen aber vornehmlich die zum Leben bzw. Überleben existentiellen Güter wie Wohnungen und Lebensmittel, doch war das Maß an Verzerrung vergleichsweise gering gegenüber der systembedingten, in der Regel an politischer Weltmachtattitüde orientierten Praxis in der Sowjetunion. Die sozialistischen Bruderländer waren über das Instrument des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe in diese Struktur eingepaßt worden. Daher zunächst der unausweichliche und sich kumulativ ausbreitende Abfall von Produktion und Beschäftigung im Zuge der unausweichlichen Produktionsbereinigung. Konnte dieser kumulative Prozeß schon bei v. Hayek beträchtlich sein, wenn bloß ein zentraler relativer Preis, der Zins, falsch adjustiert war, um wieviel stärker muß die Produktionsbereinigung ausfallen, wenn alle zentralen relativen Preise falsch adjustiert waren. Glücklicherweise können sich dann die sozialistischen Länder schätzen, die vornehmlich agrarisch orientiert sind wie die Volksrepubliken China und Vietnam, wo die Freigabe der Märkte sofort landwirtschaftliche Produktionserhöhungen auslösten und damit das Wohlstands- und

Beschäftigungsniveau anhoben, weil die Folgen der industriellen Produktionsbereinigung kaum ins Gewicht fielen.

Die derzeit immer noch hohen Inflationsraten in den meisten sozialistischen Staaten sind darauf zurückzuführen, daß die Politiker die unausweichliche Produktionsbereinigung noch aufschieben wollen, um die verdeckte Arbeitslosigkeit nicht zur offenen werden zu lassen, und sich daher zur Aushaltung der Staatsbetriebe gezwungen sehen. Wissen die Unternehmensleitungen um die Erpreßbarkeit der jeweiligen Regierung, so werden sie ihre Anstrengungen nicht auf die betriebliche Umstrukturierung in Richtung marktgängiger Produkte richten, sondern auf die Erlangung zusätzlicher Subventionen, die nicht über steuerliche Umverteilung, sondern über Notenbankgeld finanziert werden. Erst bei dieser Perspektive wird der Streit zwischen den beiden Exponenten einer marktwirtschaftlichen Reform in Polen, *Leszek Balcerowics* und *Jan Winięcki*, verständlich. *Balcerowics* hatte in seinem Plan Lohnkontrollen vorgesehen, *Winięcki* hatte dagegen opponiert, weil dies ein Überbleibsel aus sozialistischer Vergangenheit sei. Weiß man um die politische Erpreßbarkeit, so kann man sich leicht vorstellen, daß sich Unternehmensleitungen in Staatsbetrieben und Gewerkschaftsführungen auf hohe Lohnsteigerungen verständigen, die sie dann von Dritten bezahlen lassen. Daher der Versuch, über entsprechende Vorgaben Belastungen Dritter möglichst zu vermeiden.

IV. Warum wurden Protestparteien gewählt?

Es sei wiederholt: Wer durch Polens Großstädte wandert, sieht es - die Weichenstellung in Richtung Marktwirtschaft ist geglückt. Alles das, was früher in weiter Ferne war, ist heute alltägliche Wirklichkeit. Das Warenangebot ist von kapitalistischen Großstädten nicht zu unterscheiden - natürlich in den angepaßten Qualitätsstufen. Was früher nur gegen Dollar oder D-Mark zu kaufen war, ist jetzt gegen Zloty zu haben. Es wird gebaut, gewerkelt, gehandelt, produziert - inzwischen weist auch die Veränderungsrate des Sozialprodukts ein positives Vorzeichen auf. Und trotzdem machten die Wähler die Postkommunisten zur stärksten politischen Kraft. Persönliche, politische und wirtschaftliche Freiheit, eines der höchsten Güter, als die Menschen in Unfreiheit lebten, galt offensichtlich nicht mehr viel.

Doch kann die Niederlage der Regierungsparteien nicht damit begründet werden, daß ein entschlossener Privatisierungsprozeß das ganze Ausmaß sozialistischer Strukturverzerrung offengelegt hätte und die dadurch beschäftigungslos gewordenen Arbeitskräfte dies nicht den sozialistischen Urhebern, sondern den marktwirtschaftlichen Reformern angelastet hätten. War nämlich die polnische Regierung konsequent und entschlossen, als es um die entscheidende makroökonomische Weichenstellung ging, so war sie bei der Privatisierung der

Staatsbetriebe eher zögerlich. Hierbei spielten natürlich Unsicherheiten über die Rolle des Eigentums in einer marktwirtschaftlichen Ordnung eine Rolle; einige Politiker hofften auch, über Staatsbetriebe Industriepolitik betreiben zu können; Ausverkauf an den kapitalistischen Westen wurde befürchtet; vermögenspolitische Konzepte wurden diskutiert - noch in der Annahme, eine umfassende Produktionsbereinigung sei nicht erforderlich; auch fehlte der zur Privatisierung erforderliche organisatorische und fachliche Unterbau. Maßgebend war aber wohl die Sorge, daß die schnelle Privatisierung zu Entlassungswellen führen müßte. Bisweilen haben sich auch Belegschaften und Betriebsleitungen miteinander verbündet, um die Privatisierung in Form des Verkaufs an ausländische Interessenten zu hintertreiben.

Obwohl also die makroökonomische "Schocktherapie" die erwarteten Erfolge gebracht und obwohl in der Privatisierung einer gradualistischen Strategie gefolgt wurde, wurden Protestparteien gewählt. Eine erste Analyse dieses Phänomens aus ökonomischer Sicht hat wiederum *Jan Winięcki* (1993b) vorgelegt. Er schätzt die Wahlen als Symptom für Reformmüdigkeit ein. Die tieferen Ursachen hierfür vermutet er in der Abneigung der Bevölkerung gegenüber einem leistungsorientierten Wirtschaftssystem und in der antikapitalistischen Haltung der katholischen Kirche.

Winięckis Diagnose der Entwöhnung des sozialistischen Menschen von Leistung und Risiko ist wohl ein allgemeines Phänomen. Ein Landsmann von *Jan Winięcki*, *Janusz Tycner* (1993, S. 3), hat es besonders deutlich in den neuen Bundesländern ausgemacht: "Der Kommunismus hatte zwar nicht viel zu verteilen, konnte aber meistens die elementaren Bedürfnisse des einzelnen befriedigen. Es war ein Leben wie im Gefängnis, aber jeder wußte wenigstens, wo er schlafen wird und daß er zu essen bekommt. Die Euphorie eines Häftlings, der nach jahrzehntelanger Verwahrung hinter hohen Mauern über Nacht vor die Anstaltstür gestoßen wird, schwindet schnell. Die Selbständigkeit überfordert ihn, er fühlt sich im Stich gelassen, sehnt sich nach jemandem, der ihm klar sagt, was er eigentlich tun soll. Und irgendwann kommt die Frage: Hatte das Gefängnis nicht doch seine guten Seiten?"

Winięcki macht demgegenüber noch auf einen Sachverhalt aufmerksam, der mit dem Langzeitgefangenen-Syndrom nicht erklärt werden kann: Auch Eigentümer von Werkstätten oder hoch bezahlte Spezialisten in Privatfirmen - also Menschen, die mit der wirtschaftlichen Freiheit etwas anzufangen wissen -, hätten rechte oder linke Protestparteien gewählt. Als einzige Erklärung hierfür zieht *Winięcki* heran, daß ihnen die Anstrengung für die Erzielung eines hohen Gehaltes oder die Selbständigkeit ein zu hoher Preis sei. Dies mag eine zutreffende Vermutung sein; denkbar ist aber auch, daß ihnen die sich nun abzeichnende überaus starke Differenzierung der Einkommensentwicklung ungerecht erscheint und sie deswegen, um sich gewissermaßen davon zu distanzieren, die Protestparteien wählten, die in mehr

oder weniger differenzierter Form Umverteilung fordern. Sie verdienen weiterhin gut und haben doch ihr Gewissen durch die Wahl von Umverteilungsparteien beruhigt.

Man kann also nicht unbedingt aus der Wahl solcher Parteien darauf schließen, daß die bisherigen Reformen als solche abgelehnt würden. Eher ist anzunehmen, daß viele Polen mit der Umwertung beruflicher Qualifikationen und daraus resultierender relativer Einkommenseinbußen nicht einverstanden waren und sich über die Abwahl der Regierungsparteien individuelle Abhilfe versprochen. Was nun die nach *Winięckis* Auffassung zwiespältige Haltung der katholischen Kirche gegenüber dem Kapitalismus und der dadurch womöglich ausgelösten Rechtstendenz angeht, so kommen wir hierauf in den Schlußbemerkungen zurück.

Winięckis Wahlanalyse leuchtet ein, doch klärt sie nicht alles: Warum war die Wahlbeteiligung in Polen so gering? Wenn die Protestparteien 50% der abgegebenen Stimmen bekommen haben und damit die Regierung stellen können, so ist dies doch nicht mehr als ein Viertel der Wahlbevölkerung. Wenn wir davon ausgehen, daß diejenigen, die sich durch die Wahl von Protestparteien Besserung ihrer individuellen Einkommensposition versprochen, wahrscheinlich zur Wahlurne gegangen sind, warum sind dann die anderen zu Hause geblieben? Wahrscheinlich kommt man einer Antwort nahe, wenn man den Blick auf die Tschechische Republik und den Wahlsieg des Reformers *Vaclav Klaus* richtet.

Klaus hat vom Wähler ein überzeugendes Mandat für die Fortsetzung seiner Reformen bekommen. Da nicht anzunehmen ist, daß die Wähler dort vom Langzeitgefangenen-Syndrom verschont geblieben sind, muß angenommen werden, daß *Klaus* seine Reformpolitik anders präsentiert hat. Zwei Punkte verdienen herausgehoben zu werden:

- *Klaus* hat die Risiken des Transformationsprozesses, die Länge der zu überwindenden Durststrecke, die individuellen Sorgen und Nöte immer unmißverständlich angesprochen; er hat sogar das Schwarze noch schwärzer, das Licht schattiger gemalt. Vor diesem Hintergrund werden dann kleine Fortschritte wie Lichtflecke empfunden, während bei Weckung hoher Erwartungen auch Besserungen als negativ empfunden werden, wenn sie den hochgespannten Erwartungen nicht völlig entsprachen.
- Als die beiden Reformer *Klaus* und *Balcerowicz* gefragt wurden, wieviel ihrer Arbeitszeit sie dafür verwendeten, den Bürgern die Grundzüge ihrer Politik zu erläutern und dafür zu werben, antwortete *Klaus*: zwei Tage pro Woche, während *Balcerowicz* antwortete, die Fülle der zu lösenden Sachaufgaben lasse ihm hierfür keine Zeit³. Diese

³ Diese Wiedergabe beruht auf einer persönlichen Mitteilung von *Jan Winięcki*.

Praxis hatte sich in Polen auch unter der Regierung *Suchocka* nicht wesentlich verändert.

Dies macht auf ein weiteres Verdienst *Ludwig Erhards* aufmerksam. Er war sich nie zu schade dazu, überall für seine Politik öffentlich einzutreten und dafür zu werben. Auftritte vor großen Foren - auch in Wahlkämpfen - hat er geradezu genossen. Dies ist heute nicht mehr so bekannt: *Erhard* war ein fesselnder und überzeugender Redner, mit einem etwas altmodisch wirkenden Pathos. Wenn er sich zu Wirtschaftsfragen äußerte, spürte jeder, dieser Mann hat recht. Dies macht auch der Umstand deutlich, daß ein bloßes Konzept und dessen Realisierung nicht ausreichen; die Menschen wollen auch gewonnen, überzeugt, sogar mitgerissen werden⁴. Vielleicht zweifeln deshalb so viele Menschen in den Reformländern am Erfolg der Transformation, weil Leute wie *Erhard* oder *Klaus* nur ganz selten anzutreffen sind. *Milton Friedman* hat *Ludwig Erhard* einen einmaligen Glücksfall für Deutschland und die Welt genannt.

V. Was bleibt noch zu tun? Was läßt hoffen?

Postkommunisten und Bauernpartei sind Umverteilungsparteien. Mit diesem Anspruch sind sie angetreten; deswegen wurden sie gewählt. Sie werden schnell merken, daß sie beide an verschiedenen Enden desselben Strickes ziehen: Wenn die Bauernpartei hohes Einkommen für ihre Klientel herausholen will - über höhere Preise oder Einkommensbeihilfen -, dann wird das überwiegend von denjenigen bezahlt, die sich von den Postkommunisten Zuwendungen versprechen. Beide Parteien könnten dann versucht sein, Druck auf die Notenbank auszuüben, um durch vermehrte Geldschöpfung wenigstens dem Anschein nach die eigene Klientel zufriedenzustellen. Dadurch wird aber neu gebildetes Vertrauenskapital zerstört; dies schreckt den Zufluß von Auslandskapital ab und unterminiert die inländische Geldvermögensbildung als Voraussetzung für Sachkapitalbildung. Flucht der Inländer in ausländische Valuta würde einer solchen Politik rasch das Mißtrauen aussprechen. Da unter den früheren Kommunisten viele intelligente Opportunisten zu vermuten sind, werden ihnen solche Zusammenhänge leicht zu vermitteln sein. Gefährlicher ist, daß solche Leute oft glauben, sie könnten durch das Drehen an Politikschrauben die ökonomische Wirklichkeit in ihrem Sinne beeinflussen - z.B. über Industriepolitik, selektive Außenhandels- und Kapitalverkehrscontrollen.

4 Die Schilderung folgender Begebenheit (*Starbatty* 1993, S. 171) beruht auf einer Mitteilung *Willgerodts*: "Marktwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg war bei uns weiß Gott nicht populär. Als *Erhard* die Hochschulen besuchte, saßen die Studenten noch in ihren alten Soldatenröcken in den Hörsälen, und das Wort Marktwirtschaft war nicht beliebt; eher hatten alle das Gefühl, es müßte das Wenige gerechter zugeteilt werden. Als *Erhard* in die Hörsäle ging, ist ihm erst 'Buh' entgegengerufen worden und nicht 'Hosianna'. Aber nachdem er eine Doppelstunde geredet hatte, ist er mit nicht endenwollendem Beifall und Klöpfen verabschiedet worden."

Man muß auch skeptisch sein, was weitere marktwirtschaftliche Reformschritte angeht. Hierzu gehören die Einführung der Ausländerkonvertibilität; Politiker glauben, bei fehlender Ausländerkonvertibilität Kapitalabwanderung vermeiden zu können. Das Gegenteil ist der Fall: Ehe Kontrolleure Fluchtlöcher entdeckt und verstopft haben, sind bereits neue gefunden. Vor allem: Anlagebereites Auslandskapital läßt sich nur schwer davon überzeugen, sich in Ländern mit Mausefallenwährungen zu engagieren. Das Argument, daß dadurch die polnische Geldpolitik unter das Diktat eines ausländischen Großanlegers geraten könnte, beruht auf einem Denkfehler. Sind die politische Geldpolitik verläßlich und die Anlagemöglichkeiten in Polen attraktiv, so würde sich der Großanleger selber schädigen, wenn er aus spekulativen Gründen gegen das Land "spielte". Ist die Politik dagegen schlecht, so wird die Abwanderung am ehesten für eine politische Besserung sorgen.

Zwei weitere Reformschritte sind noch zu machen: Die Reduzierung der Inflationsrate und die bessere Handhabbarkeit des Geldes - bei Größenordnungen von Millionen und Milliarden im täglichen Geschäft vertut man sich leicht mit den vielen "Nullen". Die Regierung untergräbt die Vertrauensbasis ihrer eigenen Politik, wenn sie die Notenbank zwingt, 50-Zloty-Scheine auszugeben, die sich von Design und Größe her anspruchsvoll geben, aber nur 0,005 DM entsprechen. Die Inflationsrate muß gedrückt werden und die Geldscheine sind um die unübersichtlichen Nullen zu kürzen. Hand in Hand damit müßte der Privatisierungsprozeß vorangetrieben werden. Das Gegenteil wird aber geschehen, weil die alten abgelegten Konzepte noch einmal aktiviert und diskutiert werden und weil die fachlich eingearbeitete Bürokratie durch "Laienspieler" ersetzt wird, die um politischer oder persönlicher Verdienste oder Beziehungen wegen belohnt oder abgefunden werden müssen. Was also bewirken die Protestparteien? Sie werden die Reformen nicht rückgängig machen, sondern bloß Sand ins Reformgetriebe werfen.

Was läßt hoffen? *Winięcki* hatte als eine Ursache für das Wahldebakel der Regierungsparteien auch die ablehnende Haltung oder das Unverständnis der Kirche gegenüber einer marktwirtschaftlichen Ordnung ausgemacht. Das müßte im einzelnen noch geprüft und belegt werden, doch ist es nicht ausgeschlossen. Wenn eine freie Gesellschaft auf Dauer aber nur bestehen kann, wenn deren Mitglieder bereit sind, bestimmte ethische Mindeststandards einzuhalten, dann dürften die Voraussetzungen hierfür in Polen günstig sein. In diesem Land ist das kirchliche Leben so dominierend wie sonst nirgends in Europa. In den großen Kirchen Warschaus werden jeden Abend Messen gehalten und sie sind gut besucht - natürlich weitgehend von Frauen; aber diese wirken - in aller Regel - ja auch auf ihre Männer ein. Wenn der Einfluß der katholischen Kirche auf kurze Sicht vielleicht den Reformprozeß gehemmt haben mag, auf lange Sicht wird er der Gesellschaft Halt verleihen und Richtung geben.

Augenfällig ist auch das Geschichtsbewußtsein der Polen. Wurde in der DDR Gebäudesubstanz aus vergangener Zeit abgerissen oder durch monotone Wohnblöcke ausgegrenzt, um dem Blick in die Vergangenheit zu wehren, so hegen und pflegen die Polen ihre Vergangenheit und machen sie in schönen historisch orientierten Museen gegenwärtig. Schulklassen über Schulklassen wandern durch diese Museen. So entsteht ein natürliches Verhältnis zur eigenen Geschichte und damit auch zur Gegenwart und zum eigenen Land. Mit Polen wird man rechnen müssen - wirtschaftlich und politisch.

Literaturverzeichnis

Levy, Bernhard (1993), An Institutional Analysis of the Design and Sequence of Trade and Investment Policy Reform, *The World Bank Economic Review*, Vol. 7 (1993), S. 247-262.

Starbatty, Joachim (1993), Diskussionsbeitrag, in: Hans Besters (Hrsg.), *Marktwirtschaft in Osteuropa - eine Zwischenbilanz* (Gespräche der List Gesellschaft e.V., N. F. Band 15), Baden-Baden 1993, S. 171 f.

Tycner, Janusz (1993), "Warum jammern die Osis so viel?", *Die Zeit*, Nr. 48 vom 26. November 1993, S. 3 f.

Willgerodt, Hans (1993), Diskussionsbeiträge, in: Hans Besters (Hrsg.), *Marktwirtschaft in Osteuropa - eine Zwischenbilanz* (Gespräche der List Gesellschaft e.V., N. F. Band 15), Baden-Baden 1993, S. 115 ff. und 184 f.

Winiecki, Jan (1993a), *Political Economy of 'Big Bang': Free Market vs. new Keynesian Perspective*, London 1993 (noch unveröffentlichtes Manuskript).

Winiecki, Jan (1993b), "Was ist denn in Polen passiert? Ursachen des Wahldebakels marktorientierter Reformer", *Neue Zürcher Zeitung*, Fernausgabe Nr. 253 vom 31. Oktober/1. November 1993.